

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Kai Weber	SPD	entschuldigt
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Annina Beck	DIE aNDERE	nicht anwesend
Herr Dennis Hohloch	AfD	nicht anwesend

sachkundige Einwohner

Herr Pertti Hermannek	Bündnis90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Thomas Hintze	DIE LINKE	nicht anwesend
Frau Sabine Tischendorf	SPD	nicht anwesend
Frau Ariane Wargowske	CDU/ANW	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Susanne Gromoll, GB Zentrale Steuerung und Finanzen

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.10.2017 und vom 22.11.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019
Vorlage: 17/SVV/0951
Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung
 - 3.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018
Vorlage: 17/SVV/0952
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
 - 3.3 Zukunftsprogramm 2022
Vorlage: 17/SVV/0953
Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation
 - 3.4 Städtebauliche Zielplanung als Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen

"Jägervorstadt-Ost"

Vorlage: 17/SVV/0860

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV, KOUL, HA

- 3.5 Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Feuerwehrangehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0806
Oberbürgermeister, FB Feuerwehr
- 3.6 Kostenloser Eintritt in den BUGA-Volkspark
Vorlage: 17/SVV/0778
Fraktion DIE aNDERE
HA, JHA
- 3.7 Weiternutzung Rechenzentrum
Vorlage: 17/SVV/0536
Fraktion DIE LINKE
- 3.8 Dauerhafte Unterbringung der Kultur- und Kreativwirtschaft
Vorlage: 17/SVV/0708
Fraktion CDU/ANW
SBV, FA, KOUL, HA
- 3.9 Ein Kunst- und Kreativhaus für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0716
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV, FA, KOUL, HA
- 3.10 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden
Vorlage: 17/SVV/0604
Fraktion DIE LINKE
SBV (ff)
- 3.11 Konzeptvergabe für die Gastronomie gegenüber dem Obelisken
Vorlage: 17/SVV/0715
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV (ff)
- 3.12 Verwendung der Jahresergebnisse 2015 ff
Vorlage: 17/SVV/0621
Fraktion Bürgerbündnis-FDP
- 3.13 Brandschaden Scholle 34
Vorlage: 17/SVV/0902
Fraktion DIE LINKE
K/W
- 3.14 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“, Nummer 3: Keine städtische Förderung für Religionsprojekte
Vorlage: 17/SVV/0821
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
GSI, HA
- 3.15 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 6: Mietpreisbremse und Maßnahmen für sozialverträgliches Wohnen finanzieren
Vorlage: 17/SVV/0824
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

GSI, HA

- 3.16 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 7: Kostenfreie Kita- und Hort-Plätze für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0825
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
JHA
- 3.17 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 8: Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0826
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
SBV, HA
- 3.18 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 10: Kurzstrecke" wieder 6 Stationen oder Fahrpreiserhöhung zurücknehmen
Vorlage: 17/SVV/0828
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
SBV
- 3.19 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 9: Start-Förderung für neues Tierheim in Potsdam bereitstellen
Vorlage: 17/SVV/0827
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
HA, GSI, KOUL
- 3.20 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 11: Rechenzentrum langfristig sichern (Aussetzung Sanierungsziel "Abriss")
Vorlage: 17/SVV/0829
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
HA, K/W, SBV
- 3.21 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 12: Modellversuch: 1 Euro für 30-Minuten-Ticket im öffentlichen Nahverkehr in Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0833
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
SBV, HA
- 3.22 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 14 - Festanstellungen und Honorarerhöhung für Kursleiter der Volkshochschule
Vorlage: 17/SVV/0835
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
HA, K/W, B/Sp.
- 3.23 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 15: Schulanschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderung sicherstellen
Vorlage: 17/SVV/0836
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
GSI, B/Sp., JHA
- 3.24 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 16 - Verkehrsentlastung durch Umgehungsstraße bzw. weiteren Havelübergang
Vorlage: 17/SVV/0837
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

- KOUL, SBV
- 3.25 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 17: Mehr Fahrradfreundlichkeit durch Weiterführung des Radverkehrskonzepts
Vorlage: 17/SVV/0838
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung SBV
- 3.26 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 18: In wohnortnahe Schulen investieren und Ausstattung verbessern
Vorlage: 17/SVV/0839
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung B/Sp., WA KIS
- 3.27 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 19: Hockeysport: Sanierung Kunstrasenplatz in der Templiner Straße
Vorlage: 17/SVV/0840
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung B/Sp., WA KIS
- 3.28 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 20: Sportplatz Sandscholle in Babelsberg erhalten und ausbauen
Vorlage: 17/SVV/0841
Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung B/Sp., SBV, WA KIS
- 4 Mitteilungen der Verwaltung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Heuer, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger zur 33. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.10.2017 und vom 22.11.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 7 Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen anwesend.

Die Bestätigung der Niederschriften vom 18.10.2017 und 22.11.2017 wird zurückgestellt. Der Fraktion DIE aNDERE und Frau Krämer liegen die Niederschriften nicht vor.

Herr Heuer informiert zur vorliegenden Tagesordnung.

Zum Tagesordnungspunkt 3.22 „Bürgerhaushalt 2018/2019 TOP 20 – Liste der Bürgerinnen und Bürger, Nummer 14 – Festanstellungen und Honorarerhöhung für Kursleiter der Volkshochschule“, Drucksache 17/SVV/0835; zum Tagesordnungspunkt 3.23 „Bürgerhaushalt Potsdam 2018/2019 TOP 20 – Liste der Bürgerinnen und Bürger, Nummer 15: Schulanschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderung sicherstellen“, Drucksache 17/SVV/0836; und zum Tagesordnungspunkt 3.27 „Bürgerhaushalt 2018/2019 TOP 20 – Liste der Bürgerinnen und Bürger, Nummer 19: Hockeysport: Sanierung und Kunstrasenplatz in der Templiner Straße“, Drucksache 17/SVV/0840 liegen Anträge auf Rederecht vor. Herr Heuer schlägt vor, den Anträgen auf Rederecht zu entsprechen und die entsprechenden Tagesordnungspunkte vorzuziehen. Hierzu gibt es keine Gegenrede.

Weiterhin empfiehlt Herr Heuer die Zurückstellung der Tagesordnungspunkte 3.7 „Weiternutzung Rechenzentrum“, Drucksache 17/SVV/0536; 3.8 „Dauerhafte Unterbringung der Kultur- und Kreativwirtschaft“, Drucksache 17/SVV/0708 und den Tagesordnungspunkt 3.9 „Ein Kunst- und Kreativhaus für Potsdam“, Drucksache 17/SVV/0716. Begründet wird die Empfehlung mit dem noch ausstehenden Szenario-Workshopverfahren. Auch hierzu gibt es keine Einwände.

Der Tagesordnungspunkt 3.11 „Konzeptvergabe für die Gastronomie gegenüber dem Obelisken“, Drucksache 17/SVV/0715, soll ebenfalls zurückgestellt werden bis ein entsprechendes Konzept vorliegt.

Herr Heuer schlägt zudem die Zusammenlegung und die gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 3.1 bis 3.3 vor.

Herr Heuer stellt die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung. Die so geänderte Tagesordnung wird von den anwesenden Mitgliedern einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019

Vorlage: 17/SVV/0951

Oberbürgermeister, Geschäftsstelle Haushalt und Finanzsteuerung

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt, 3.1, Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019, 17/SVV/0951; 3.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018, 17/SVV/0952 und 3.3 Zukunftsprogramm 2022, 17/SVV/0953 werden zusammen beraten. Er übergibt das Wort an Herrn Exner.

Herr Exner stellt mit Hilfe einer Power Point Präsentation die Drucksachen und deren Bedeutung vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im Anschluss werden Nachfragen gestellt.

Herr Kaminski sieht die Zeitplanung zur Einreichung von Änderungsanträgen durch die Fraktionen bis zum 07.02.2018 kritisch. Der 13.02.2018 würde den Fraktionen entgegen kommen, so könne abschließend in den Fraktionssitzungen über die Einreichungen gesprochen werden. Herr Exner stellt die Zeitschiene der Beschlussfassung der Drucksachen nochmals vor und begründet den 07.02.2018 mit der erforderlichen Nacharbeit auf Grund der zu erwartenden Änderungsanträge. Dennoch ist auch der 13.02.2018 vorstellbar. Er weist ebenso daraufhin, dass zum einen die Verwaltung bereits vor beiden Terminen mit den Fraktionen ins Gespräch kommt und zum anderen auch danach die Einreichung von Änderungsanträgen möglich sei. Herr Heuer nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und hält die Vereinbarung der Verlängerung der Einreichungsfrist zum 13.02.2018 für Änderungsanträge fest.

Herr Rindfleisch hinterfragt die Aussage zur Kreditaufnahme bis Ende 2018. Herr Exner führt aus, dass die Kreditermächtigungen sich natürlich länger ziehen und Fördermittel einwerbbar sind. Eine Kreditaufnahme wird für September 2018 vorgesehen.

Herr Bauer stellt heraus, dass die Mittelfristplanung des Haushaltes schneller als die Einwohnerzahl steigt. Herr Exner legt dar, dass aus der Steigerung der Einwohnerzahl kein gleichartiges Wachstum des Haushaltsvolumens abgeleitet werden kann. Auch kann ein Doppelhaushalt einen Nachtragshaushalt nach sich ziehen. Herr Tölke (Fachbereich 35 – Kinder, Jugend und Familie) führt aus, dass wachsende Zahlen von Kindern und Jugendlichen nicht automatisch höhere Fallzahlen bedeuten. Auf Grund der Potsdamer Gegebenheiten mit einer niedrigen Arbeitslosenzahl wird keine Fallzahlerhöhung prognostiziert. Herr Bauer erklärt weiter, dass aus seiner Sicht die Kitaunterstützung und die Sportstätten in der Planung bis 2022 zu wenig Aufmerksamkeit bekämen. Dabei bedarf es in diesen Bereichen größerer Investitionskosten. Herr Exner erwidert, dass die Mittelfristplanung nicht abschließend betrachtet werden kann. Das Hauptaugenmerk liegt auf den Haushaltsjahren 2018 und 2019 und für diese beiden Jahre passen die Planungen zu den Prognosen.

Herr Heinzel bezieht sich auf den Schwerpunkt der Digitalisierung der Verwaltung. Die Bürgerinnen und Bürger wollen flexibel und mobil von zu Hause in Interaktion mit der Verwaltung treten. Herr Walter ergänzt mit der Nachfrage, ob in den geplanten Kosten auch Personalstellen verborgen sind. Frau Müller erweitert um die Frage, ob die weitere Digitalisierung der Stadtverordnetenversammlung ebenso in die Plankosten eingebettet sei. Herr Exner erörtert, die Planzahlen sind mit den entsprechenden Verantwortlichkeiten diskutiert worden, auch unter dem Gesichtspunkt, welche Aufgaben tatsächlich in den zwei Jahren zu bewältigen sind. Der Nachholbedarf sei groß. Mehr als in den dargestellten Planungen wird nicht umsetzbar sein. Ein Stellenanstieg ist weiterhin vorgesehen, jedoch sind die Fachkräfte sehr rar am Markt. Auf die Nachfrage von Frau Müller erläutert Herr Exner, dass die papierlose Stadtverordnetenversammlung in die Planung eingeflossen ist.

Es gibt keine weiteren Nachfragen, Herr Heuer schließt den Tagesordnungspunkt und dankt Herrn Exner für seine Ausführungen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019 mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen wird beschlossen. Die Haushaltssatzung hat folgenden Wortlaut (siehe Anlage).

zu 3.2 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2018

Vorlage: 17/SVV/0952

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service

Dieser TOP wurde zusammen mit TOP 3.1 „Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019“ beraten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kommunaler Immobilien Service (KIS) für das Wirtschaftsjahr 2018.

zu 3.3 Zukunftsprogramm 2022

Vorlage: 17/SVV/0953

Oberbürgermeister, Fachbereich Steuerung und Innovation

Dieser TOP wurde zusammen mit TOP 3.1 „Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für die Haushaltsjahre 2018/2019“ beraten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Zukunftsprogramm (ZP) wird als Zukunftsprogramm (ZP) 2022 fortgeschrieben.

Das Zukunftsprogramm (ZP) 2022 wird mit seinen Maßnahmen umgesetzt.

Das erstmalig mit dem Haushalt 2013/2014 aufgestellte Zukunftsprogramm wird in den Jahren 2018 und 2019 evaluiert und gemäß der Herausforderungen der dynamisch wachsenden Stadt als zielgerichtetes Instrument zur Haushaltskonsolidierung weiterentwickelt.

Mit dem ZP 2022 wird ein Konzept entwickelt, das den Einstieg und die Durchführung einer Aufgabenkritik in der Landeshauptstadt Potsdam ermöglicht.

Die Vorschläge des Bürgerhaushalts zur Haushaltskonsolidierung werden im Falle einer entsprechenden Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung in das ZP übernommen.

Die Stadtverordnetenversammlung wird über den Prüf- und Umsetzungsstand des ZP 2022 bezogen auf das Haushaltsjahr 2018 im zweiten Halbjahr des Jahres 2019 informiert. Bezogen auf das Haushaltsjahr 2019 erfolgt ein Bericht im zweiten Halbjahr des Jahres 2020. Die Abrechnung des ZP 2022 erfolgt mit dem Jahresabschluss des Jahres 2019.

zu 3.4 Städtebauliche Zielplanung als Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen "Jägervorstadt-Ost"

Vorlage: 17/SVV/0860

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV, KOUL, HA

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Goetzmann, Fachbereich 46 - Stadtplanung und Stadterneuerung, das Wort. Herr Goetzmann erörtert zu der Drucksache, dass dieser Beschluss maßgeblich Voraussetzung dafür ist, die Vorgaben zur Erfüllung der Fördermittel zu erlangen. In der Vorlage wird das Fördergebiet bestimmt, die Erhaltungssatzung wird einbezogen, die Zielbestimmungen werden definiert inklusive einer vorbereitenden Untersuchung. Dies alles führt zu einer fördertechnischen Legitimierung. Ein konzentriertes Verwaltungshandeln soll dadurch sichergestellt werden. Weitere Untersuchungen werden sich im südlichen Bereich anschließen.

Herr Heuer fragt nach den geplanten Jahres Investitionen in dieser Sache. Herr Goetzmann antwortet, dass bis 2020 17 Millionen Euro als Rahmen geplant seien. Es ist schwer, das konkret auf die Jahre herunter zu brechen. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Herr Heuer stellt die Drucksache 17/SVV/0860 zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die städtebauliche Gesamtmaßnahme „Jägervorstadt-Ost“ wird als Ergebnis der Vorbereitenden Untersuchungen auf Grundlage der

- städtebaulichen Zielplanung für das Gebiet „Jägervorstadt-Ost“ (Anlage 1)
- in der ausgewiesenen Fördergebietsgrenze (Anlage 2)

durchgeführt. Perspektiven für nicht zeitnah mit Unterstützung der Städtebauförderung umsetzbare Maßnahmen sind anhand vertiefter Konzeptentwicklung zu erarbeiten und wirtschaftlich zu bewerten.

Der Bericht über die Vorbereitenden Untersuchungen (VU) „Jägervorstadt-Ost“ wird zur Kenntnis genommen. (Anlage 3)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die DS 17/SVV/0860 **zu beschließen**.

zu 3.5 Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Feuerwehrangehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0806

Oberbürgermeister, FB Feuerwehr

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Hülsebeck, Fachbereich 37 - Feuerwehr, das Wort. Herr Hülsebeck bezieht sich in seinen Ausführungen auf den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Aus Sicht des Fachbereiches ist die geforderte geänderte Pauschale von 100 Euro ein angemessener Aufwand für die ehrenamtlichen Kameraden. Dieser erhöhte Aufwand würde einen Mehrbedarf von 22.500 Euro zu den geplanten 40 Euro pro Kamerad bedeuten. Bis zum Hauptausschuss legt die Verwaltung eine veränderte Fassung der Satzung vor. Herr Exner ergänzt, dass der benötigte Mehraufwand von der Verwaltung bereitgestellt werde. Herr Heuer dankt Herrn Hülsebeck und Herrn Exner.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses stellt den vorliegenden Änderungsantrag zur Drucksache 17/SVV/0806 der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung:

„Der § 2 der Satzung wird wie folgt geändert:

Jedes am Einsatz- und Übungsdienstteilnehmende (aktive) und ordentlich gemeldete Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr erhält pro Jahr eine pauschale Aufwandsentschädigung in Höhe von 100,00 EUR für Zeitverlust und mit der ehrenamtlichen Tätigkeit zusammenhängenden Aufwendungen.“

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Annahme des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke zur DS 17/SVV/0806.

Die Gesamtdrucksache DS 17/SVV/0806 wird nicht abgestimmt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Feuerwehrangehörige der Freiwilligen Feuerwehr der Landeshauptstadt Potsdam.

zu 3.6 Kostenloser Eintritt in den BUGA-Volkspark

Vorlage: 17/SVV/0778

Fraktion DIE aNDERE

HA, JHA

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Claes, Bereich 47 - Grünflächen, das Wort.

Herr Claes führt aus, dass es sich bei der Drucksache vor allem um eine steuerliche Prüfung und die steuerlichen Auswirkungen auf die Stadt handelt. Ein Prüfungsergebnis liegt derzeit noch nicht vor. Eine interne Verwaltungsabstimmung läuft noch.

Herr Heuer **stellt den Tagesordnungspunkt bis März 2018 zurück**. Herr Bauer

bittet ergänzend um Prüfung in wie weit die geleisteten Ausgleichsbeiträge der Anwohner des Entwicklungsgebietes einem Parkeintritt entgegenstehen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Unabhängig von einer finanziellen Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam am Unterhaltsaufwand für die Pflege von Schlossgärten und Parkanlagen der „Stiftung Preußische Schlösser und Gärten“ (SPSG) in Potsdam wird der Eintritt für den BUGA-Volkspark zum 01.01.2018 aufgehoben.

Der Oberbürgermeister und erforderlichenfalls die Vertreter*innen der Stadt Potsdam in den Gremien der Pro Potsdam werden hiermit beauftragt, die dazu erforderlichen Schritte zu veranlassen.

zu 3.7 Weiternutzung Rechenzentrum

Vorlage: 17/SVV/0536

Fraktion DIE LINKE

Der Tagesordnungspunkt wurde **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass im Ergebnis der statischen Untersuchung die Option einer Weiternutzung des Rechenzentrums im Nebeneinander mit dem geplanten Garnisonkirchturm bestätigt werden konnte. Der Oberbürgermeister wird in seinen Gesprächen mit der Stiftung ausdrücklich darin bestärkt, für eine Verlängerung der Nutzung des Rechenzentrums um mindestens fünf Jahre, also bis 2023, einzutreten. Die Stadtverordnetenversammlung ist im September 2017 über den Stand der Gespräche zu informieren.

zu 3.8 Dauerhafte Unterbringung der Kultur- und Kreativwirtschaft

Vorlage: 17/SVV/0708

Fraktion CDU/ANW
SBV, FA, KOUL, HA

Der Tagesordnungspunkt wurde **zurückgestellt**.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt für die Kultur- und Kreativwirtschaft in Potsdam eine bedarfsorientierte und dauerhafte Unterbringungslösung zu suchen und deren Realisierung so kurzfristig wie möglich einzuleiten. Dabei sind unter anderem folgende Möglichkeiten mit Priorität zu prüfen:

- Realisierung einer Lösung im Langen Stall,
- Erwerb / Nutzung / Umbau von Bundes-, Landes oder städtischen Immobilien,
- Neubau z.B. im Bereich Schiffbauer Gasse.

Zur Realisierung sind verschiedene in der Praxis in anderen Städten angewandte Finanzierungs- und Betreibermodelle festzustellen, zu prüfen und für Potsdam zu bewerten. Möglichkeiten, Fördermittel zu erhalten sind zu prüfen. Die Vertretung der Kultur- und Kreativwirtschaft sind bei der Suche, Planung und Prüfung der

Realisierungsmöglichkeiten einzubeziehen. Die Stiftung Garnisonkirche Potsdam ist immer dann einzubeziehen, wenn deren Belange und Interessen berührt werden. Die Zuständigkeit sowie verstärkte Einbeziehung der Wirtschaftsförderung ist zu stärken. Dem Hauptausschuss ist bis Ende November 2017 zu berichten.

zu 3.9 Ein Kunst- und Kreativhaus für Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0716

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV, FA, KOUL, HA

Der Tagesordnungspunkt wurde **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass für die Kunst- und Kreativwirtschaft nachhaltige Standorte entstehen.

Dazu soll das Restgrundstück des Langen Stalles als Kunst- und Kreativhaus entwickelt werden. Der Realisierungszeitraum soll möglichst kurz sein und die Bauweise so gewählt werden, dass verträgliche Atelierrmieten und ein breiter Nutzungsmix entstehen können. Im Vorfeld soll geklärt werden, ob das Grundstück städtisch bleiben oder in Konzeptvergabe veräußert werden soll.

Des Weiteren wird der Oberbürgermeister beauftragt, die Bedingungen für die gemeinsam mit der Stiftung Garnisonkirche ins Auge gefasste Übergangslösung bis etwa 2023, für die Kunst- und Kreativwirtschaft im Rechenzentrum zu klären und darzustellen.

Die Anstrengungen, die Husarenkaserne weiter für die Kreativwirtschaft zu gewinnen, sollen unvermindert fortgesetzt werden. Es ist ein gut erschlossenes städtisches Grundstück zu bestimmen und zum Tausch anzubieten.

Dem HA sowie dem SBV ist bei Bedarf zeitnah Bericht zu erstatten.

zu 3.10 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden

Vorlage: 17/SVV/0604

Fraktion DIE LINKE
SBV (ff)

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Goetzmann, Fachbereich 46, das Wort. Herr Goetzmann stellt dar, dass der Fachbereich keine Änderungen gefunden habe, dass die Gremien das Vorkaufsrecht begleiten. Der Fachbereich sieht kein Kontrollerfordernis, um ein solches zusätzliches Gremium zu installieren.

Eine Einrichtung würde bedeuten, dass ein kontinuierliches Tagung des Gremiums alle 14 Tage erfolgen müsse, um gesetzliche Fristen einhalten zu können. Die Verwaltung sieht solch einen Aufwand für ineffizient.

Herr Kaminski erläutert, dass der Antrag der Linken kein gesondertes Gremium vorgesehen habe. Vielmehr sah man den Hauptausschuss als geeignet an. Herr Kaminski bittet Herrn Goetzmann um schriftliche Zuleitung der Ausführungen und

Begründung. Herr Bittcher fragt nach einer qualifizierten Anzahl der potentiellen Fälle. Herr Goetzmann antwortet, es handle sich um 50 bis 100 Fälle. Frau Müller wird die Kernaussage der Ausführungen von Herrn Goetzmann mit der Fraktion diskutieren. Herr Bauer fragt nach, ob Vorkaufsrechte verfallen könnten. Herr Goetzmann erklärt, dass es sich um keine Vergünstigung handelt. Es gehe lediglich um Zugriffsrechte für städtische Zwecke. Die Mehrheit der Vorkaufsrechte führt die Stadt auch aus.

Herr Heuer schlägt vor, dass sich die Fraktion DIE LINKE und der Fachbereich 46 zusammen mit 117 in direkte Kommunikation setzen. Die Parteien bestätigen dies.

Der Tagesordnungspunkt wird daraufhin **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die nach Vorkaufsrecht der Landeshauptstadt Potsdam angebotenen Grundstücke sollen einem geeigneten Gremium vorgestellt werden, so dass eine politische Beteiligung vor einer verwaltungsseitige Entscheidung dazu herbeigeführt wird, ob es sich um ein Gebäude oder Grundstück von öffentlichem Interesse handelt.

Dazu hat der Oberbürgermeister bis Dezember 2017 einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

zu 3.11 Konzeptvergabe für die Gastronomie gegenüber dem Obelisk

Vorlage: 17/SVV/0715

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

SBV (ff)

Der Tagesordnungspunkt wurde **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass der Verkauf eines Teilgrundstückes in der Grünfläche gegenüber vom Obelisk am Park Sanssouci unter folgenden Bedingungen erfolgt:

- Konzeptvergabe
- Gutachterverfahren für Städtebau und Architektur
- Einbeziehung des Gestaltungsrates und der SPSG

Das Gutachterverfahren soll eine der städtebaulichen Bedeutung des Standortes angemessene Nutzungsintensität und Gestaltung erkunden.

Bis zur Entscheidung über diesen Antrag ist die Vergabe zurückstellen.

Über das Verfahren ist dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr Bericht zu erstatten.

zu 3.12 Verwendung der Jahresergebnisse 2015 ff

Vorlage: 17/SVV/0621

Fraktion Bürgerbündnis-FDP

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Rindfleisch das Wort. Herr Rindfleisch bringt den Antrag ein. Er legt dar, die Stadtverordneten

haben derzeit keine Möglichkeit planerisch einzugreifen, da die Jahresabschlüsse ab 2015 nicht vorliegen. Herr Exner erörtert, dass der Gesetzgeber klare Vorgaben gemacht habe. Erzielte Überschüsse müssen den Rücklagen zufließen. Herr Rindfleisch bringt ein, dass man auch mit erheblich höheren Defiziten planen könne und so keine Haushaltssperre erforderlich sei. Herr Exner verliest den § 77 Abs. 1 der KomHKV. Es gibt keinen Spielraum. Der Antrag bedeute, dass weit höhere Investitionskredite aufgenommen werden sollen.

Herr Baron v.d. Osten gen. Sacken wird die fachliche Auseinandersetzung außerhalb des Ausschusses intern mit seiner Fraktion nochmals vertiefen.

Der Tagesordnungspunkt wird noch einmal **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dass ab 2015 positive Jahresergebnisse hälftig der Gewinnrücklage(Überschuss aus ordentlichem Ergebnis) zugeführt werden. Die andere Hälfte sollte für besondere zusätzliche ungeplante Maßnahmen (wie z B EDV Ausstattung an Schulen, Schulspeisung etc., auch Steuersenkungen- Grundsteuer, Gewerbesteuer-sollten kein Tabu sein) verwendet werden. Über mögliche Projekte beraten dann die Stadtverordneten jeweils in der zweiten Hälfte eines Jahres.
2. Aus der Gewinnrücklage zum 31.12.2014 sind € Mio. 20 dem Eigenbetrieb „Kommunaler Immobilienservice“(KIS) zur Verfügung zu stellen, um die geplante Kreditaufnahmen zu reduzieren und somit die Mietbelastungen aus Neubauten für die Landeshauptstadt zu verringern.

zu 3.13 Brandschaden Scholle 34

Vorlage: 17/SVV/0902

Fraktion DIE LINKE

K/W

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Kaminski. Herr Kaminski bringt die Vorlage für die Fraktion DIE LINKE ein.

Herr Heuer erteilt dem Geschäftsbereich 2 das Wort. Herr Kroop (Geschäftsbereich 2 - Bildung, Kultur und Sport) stellt dar, dass es sich bei dem Brandschaden um eine weiterhin laufende polizeiliche Ermittlung handelt. Laut dem Träger ist ein Schaden von 8000€ entstanden. Der Wiederbeschaffungswert beläuft sich auf 6000 €. Ein Versicherungsschutz ist nicht vorhanden. Die Stadt kann nicht anstelle einer Versicherung wirken. Die Verwaltung prüft derzeit, wie der Verein unterstützt werden kann und ob eine Förderungserhöhung mit den vorhandenen Haushaltsmitteln ermöglicht werden kann. Bis zur kommenden Stadtverordnetenversammlung werden weitere Detailfragen geklärt sein.

Herr Heuer dankt der Verwaltung für die Hilfe in Notsituationen. Eine Abstimmung wird aufgrund der ausstehenden Detailklärungen der Verwaltung vertagt.

Der Tagesordnungspunkt wird noch einmal zurückgestellt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, dass die Stadt dem Projekt Scholle 34 Unterstützung bei der Beseitigung der kürzlich entstandenen Brandschäden gibt.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die dafür notwendigen Schritte einzuleiten und die Stadtverordnetenversammlung im Januar 2018 darüber zu informieren.

**zu 3.14 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 „TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger“, Nummer 3: Keine städtische Förderung für Religionsprojekte
Vorlage: 17/SVV/0821**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
GSI, HA

Herr Heuer schlägt vor, den Antrag zurück zu stellen und nach einem Votum des Kulturausschusses zu fragen. Herr Schultheiß nimmt es in die nächste Sitzung des Kulturausschusses mit.

Der Tagesordnungspunkt wird noch einmal **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam stellt keine finanziellen Mittel für die Förderung von religiösen Projekten oder Aktivitäten zur Verfügung.

**zu 3.15 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 6: Mietpreisbremse und Maßnahmen für sozialverträgliches Wohnen finanzieren
Vorlage: 17/SVV/0824**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
GSI, HA

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Jekel, Bereich Wohnen, Fachbereich 38 - Soziales und Gesundheit, das Wort. Herr Jekel erläutert, dass bereits der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion dazu beraten hat und dort dargestellt wurde, dass bezugnehmend auf das wohnungspolitische Konzept der Landeshauptstadt Potsdam die vorgetragenen Maßnahmen sich bereits in Umsetzung befinden. Herr Heuer stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam setzt sich für eine Deckelung des Mietpreises pro Quadratmeter Wohnfläche und für den Ausbau sozialverträglicher Wohnräume in Potsdam ein.

Folgende Instrumente sollen genutzt werden (unter anderem):

- Bei der ProPotsdam GmbH ist das Ziel, bezahlbaren Wohnraum anzubieten, stärker in den Vordergrund zu stellen.
- Kooperationen mit der Wohnungswirtschaft sind auszubauen.
- Fördermöglichkeiten des Landes und des Bundes sind zu nutzen.
- Die Stabilität der Mieten bei einem Wohnungstausch soll gesichert werden.

- Es sollen Anreize für Senioren geschaffen werden, „zu große“ Wohnungen gegen kleinere zu tauschen.

Die Umsetzung der Mietpreisbremse wird überprüft.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	3

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die DS 17/SVV/0824 zu beschließen.

**zu 3.16 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 7: Kostenfreie Kita- und Hort-Plätze für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0825**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
JHA

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Tölke, Fachbereichsleiter 35, das Wort. Dieser führt aus, dass bei Zustimmung des Vorschlages ein Ausfall von 18 Millionen Euro an Elternbeiträgen die Folge sein würden für die Stadt. Diese Summe müsste dann durch den Haushalt der Stadt kompensiert werden. Herr Tölke verweist auf die aktuelle Diskussion auf Landesebene zur Einführung eines kostenfreien letzten Kita-Jahres. Herr Heuer stellt den Antrag zur Abstimmung, da keine Nachfragen bestehen. Zur Abstimmung ist Frau Müller nicht im Raum.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Kita- und Hortbetreuung in der Landeshauptstadt Potsdam werden keine Gebühren erhoben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	0
Ablehnung:	5
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die DS 17/SVV/0825 abzulehnen.

**zu 3.17 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 8: Kostenloser öffentlicher Nahverkehr für Potsdam
Vorlage: 17/SVV/0826**

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
SBV, HA

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Exner das Wort. Die Verwaltung empfiehlt eine Ablehnung des Antrages. Für die Verkehrsbetriebe in Potsdam würde es einen zusätzlichen Aufwand von 20 Millionen € bedeuten. Ebenso muss der Verkehrsverbund betrachtet werden.

Herr Kaminski bittet um einen Prüfauftrag im Rahmen der Betrachtung des Bürgerticket Modells. Hierbei könnte durch eine generelle Abgabe aller Bürgerinnen und Bürger eine Refinanzierung des kostenfreien öffentlichen Nahverkehrs erfolgen. Die Mitglieder des Finanzausschusses sprechen sich für eine Zurückstellung des Antrages aus und möchten die Thematik in der entsprechenden AG Bürgerticket der Verwaltung einfließen lassen. Dazu soll Herr Domnick aus dem Bereich 925 -Beteiligungsmanagement zum nächsten Finanzausschuss eingeladen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs in der Landeshauptstadt Potsdam ist kostenlos.

Die Drucksache 17/SVV/0826 wird noch einmal **zurückgestellt**.

zu 3.18 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 10: Kurzstrecke" wieder 6 Stationen oder Fahrpreiserhöhung zurücknehmen

Vorlage: 17/SVV/0828

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung SBV

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Exner das Wort. Nach einem Benchmark Verfahren wurde deutlich, dass Potsdam die längste Kurzstrecke zum niedrigsten Preis hatte. Das konnte auf Dauer nicht beibehalten werden. Mit der Einführung der 4-Fahrten-Karte gibt es zusätzlich ein weiteres Angebot. Insgesamt gab es nur sehr wenige Beschwerden zur Gebühreumstellung. Das zusätzlich eingenommene Geld (217.000 Euro) wird benötigt, daher bittet die Verwaltung um Ablehnung des Antrages. Herr Bauer erwidert, dass eine europaweite Betrachtung der Ticketpreise ein anderes Bild ergeben würde. Herr Heuer stellt den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Fahrpreiserhöhung für eine Kurzstrecke der TRAM von 1,40 Euro auf 1,90 Euro wird zurück genommen. Das Kurzfahrticket gilt für 6 Stationen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die DS 17/SVV/0828 abzulehnen.

zu 3.19 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 9: Start-Förderung für neues Tierheim in Potsdam bereitstellen

Vorlage: 17/SVV/0827

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung HA, GSI, KOUL

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Jekel, Vertretung für den Fachbereich 38 Soziales und Gesundheit, das Wort. Die erste Ausbaustufe des Tierheims ist laut Auskunft des Tierschutzvereins ausreichend finanziert. Unter anderem sind dafür Rücklagen i.H.v. 131.392,75 Euro aus Spenden früherer Jahre reserviert (DS 17/SVV/0906). Zudem wurde darauf verwiesen, dass die im Antrag vorgeschlagene zusätzliche Förderung im Rahmen einer Ausschreibung zur Tierbetreuung vergaberechtlich nicht möglich ist. Dementsprechend empfiehlt die Verwaltung den Antrag abzulehnen. Herr Heuer stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam stellt dem neuen Tierheim in Potsdam (neben den Spenden) ein „Startkapital“ im Rahmen einer einmaligen Förderung von mindestens 150.000 Euro zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	2
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die DS 17/SVV/0829 abzulehnen.

zu 3.20 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 11: Rechenzentrum langfristig sichern (Aussetzung Sanierungsziel "Abriss")

Vorlage: 17/SVV/0829

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
HA, K/W, SBV

Bezugnehmend auf die zurückgestellten Tagesordnungspunkte 3.7 bis 3.9 bis zum Abschluss des Szenario-Workshops, wird dieses Verfahren auch für diesen Tagesordnungspunkt angewendet.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Rechenzentrum wird als Begegnungsort, Ideenschmiede, Zukunftslabor und Wirtschaftsfaktor am jetzigen Standort erhalten.

Notwendige Investitionen und deren Refinanzierung erfordern eine Nutzung des Hauses von mindestens 20 bis 25 Jahren.

Um diese wichtigen Schritte umsetzbar zu machen, ist die Aussetzung des bisherigen Sanierungsziels „Abriss“ notwendig.

zu 3.21 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 12: Modellversuch: 1 Euro für 30-Minuten-Ticket im öffentlichen Nahverkehr in Potsdam

Vorlage: 17/SVV/0833

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
SBV, HA

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Exner das Wort. Dieser verweist auf die Abstimmung im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr. Dort wurde eine Ablehnung empfohlen.

Herr Bittcher führt aus, dass im Forum Krampnitz die Verkehrsplaner dringend einen deutlich attraktiveren öffentlichen Nahverkehr empfohlen haben, Daher sollte auch das verkehrspolitische Konzept deutlicher betrachtet werden. Herr Bauer unterstreicht die Aussagen von Herrn Bittcher. Die Mitglieder des Ausschusses sprechen sich für den Prüfauftrag aus mit dem Ziel, den Vorschlag in die Arbeitsgruppe zum Bürgerticket zu verweisen, um dort Umsetzungsszenarien zu erarbeiten.

Herr Heuer stellt die so geänderte Drucksache 17/SVV/0833 zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~im Rahmen~~ **in der Arbeitsgruppe Bürgerticket (vgl. 17/SVV/0612) die Umsetzungsszenarien** eines dreimonatigen Modellversuchs, die Einführung eines 30-Minuten-Tickets für den Preis von einem Euro im öffentlichen Nahverkehr zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die DS 17/SVV/0833 geändert zu beschließen.

zu 3.22 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 14 - Festanstellungen und Honorarerhöhung für Kursleiter der Volkshochschule

Vorlage: 17/SVV/0835

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung HA, K/W, B/Sp.

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Frau Spaan das Wort. Frau Spaan ist eine Vertreterin der Volkshochschuldozenten und legt den Hintergrund des Vorschlages zum Bürgerhaushalt dar. Eine Festanstellung für Kursleiter an der Volkshochschule Potsdam würde mehr soziale Sicherheit für die Kursleiter bedeuten. Derzeit sind die Kursleiter hauptsächlich freiberuflich tätig und müssten sich so um weitere Beschäftigung zusätzlich zu den Kursstunden an der Volkshochschule kümmern. Frau Spaan dankt der Verwaltung für die bisherige Honorarerhöhung, doch das allein schützt nicht vor Planungsunsicherheit. Ebenso können von dem Honorar nur geringe Rentenbeiträge gezahlt werden. Die öffentliche Hand sollte für faire Arbeitsbedingungen eintreten. Herr Heuer dankt Frau Spaan und übergibt Herrn Dr. Xhyra, Direktor der Volkshochschule, das Wort.

Herr Xhyra führt aus, dass Potsdam in der Höhe der Honorarzahungen an Lehrkräfte bundesweit eine Vorreiterrolle einnimmt. Die Verwaltung schätzt die Arbeit der Kursleiter an der Volkshochschule Potsdam sehr. Daher hat die Verwaltung einen Fragebogen vorbereitet und diesen durch die Dozenten

ausfüllen lassen. Eine Erstauswertung hat ergeben, dass 90 % der Teilnehmer der Umfrage zufrieden bis sehr zufrieden sind. Lediglich 15 % wünschen sich eine Festanstellung an der Volkshochschule Potsdam. Bis zur Stadtverordnetenversammlung am 31.01.2018 wird die schriftliche Auswertung durch den Geschäftsbereich 2 eingebracht. Die Sorgen der sozialen Absicherung von Lehrkräften an Volkshochschulen werden von der Verwaltung wahrgenommen und werden auch bundesweit diskutiert. Es soll ein Vorschlag des Dachverbandes erarbeitet werden, der dann für Potsdam geprüft werde.

Herr Heuer schlägt vor, dass die Abstimmung zu dem Tagesordnungspunkt vertagt wird und die Mitteilungsvorlage mit der Auswertung der Umfrage abgewartet wird. Es gibt von den Ausschussmitgliedern keine Gegenrede. Herr Heuer dankt beiden Gesprächspartnern und schließt den Tagesordnungspunkt.

Der Tagesordnungspunkt mit der DS 17/SVV/0835 wird **zurückgestellt**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für Kursleitende mit einer hohen Anzahl von Unterrichtsstunden werden Teilzeit- oder Vollzeitstellen geschaffen. Für andere Kursleitende wird eine Erhöhung des Honorars nach den Maßgaben des BAMF für Lehrkräfte von Integrationskursen von 2016 vorgenommen. Weiterhin sollen Kursleitende, in Abhängigkeit der Stundenzahl, stufenweise Zuschüsse von bis zu 50 % zu den Sozialbeiträgen sowie Krankengeld im Krankheitsfall und bezahlten Urlaub erhalten.

zu 3.23 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 15: Schulabschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderung sicherstellen

Vorlage: 17/SVV/0836

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
GSI, B/Sp., JHA

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt, begrüßt Frau Andres und übergibt ihr das Wort. Frau Andres stellt den Vorschlag des Bürgerhaushaltes Nummer 15 vor. Sie führt aus, dass es vor allem darum geht ein Dauerangebot für die Kinder zu schaffen und damit eine Sicherheit für die Kinder zu erhalten.

Herr Heuer dankt Frau Andres und übergibt Herrn Jekel, Fachbereich 38, das Wort.

Herr Jekel berichtet, dass der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion die Annahme des Vorschlages einstimmig empfohlen hat. Die Verwaltung hat Geld in den Haushalt eingestellt. So kann bis zum Schuljahresende 2018/2019 eine Sicherheit erreicht werden. Die Verwaltung empfiehlt eine Befürwortung des Antrages. Herr Heuer fragt nach ob und wie viel Geld eingestellt wurde. Herr Jekel beantwortet, dass die Verwaltung 200.000 Euro eingestellt hat.

Herr Heinzel begrüßt die erfolgte Einstellung des Geldes in die Haushaltsplanung, jedoch sollte auch für die Folgejahre eine Fortführung angestrebt werden. Frau Andres verweist auch auf das Recht auf Betreuung. Frau Müller verweist auf die bereits erfolgten Beschlüsse der Ausschüsse. Herr Jekel führt zudem aus, da es sich um eine freiwillige Aufgabe der Stadt handelt und entsprechend eine Ausschreibung und ein Vergabeverfahren berücksichtigt werden muss. Herr Baron von Sacken gen. Osten merkt an, dass die Verwaltung

für das Projekt Mittel in den Haushalt eingestellt hat und bittet um Abstimmung. Herr Heuer schließt die Diskussion und stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die finanziellen Mittel für die Weiterführung und den Ausbau des Pilotprojekts der Schulanschlussbetreuung für Jugendliche mit Behinderung im Oberlinhaus sind durch die Landeshauptstadt Potsdam bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die DS 17/SVV/0836 zu beschließen.

zu 3.24 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 16 - Verkehrsentslastung durch Umgehungsstraße bzw. weiteren Havelübergang

Vorlage: 17/SVV/0837

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung KOUL, SBV

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt. Nach kurzer Verständigung zum vorliegenden Antrag folgen die Mitglieder des Finanzausschusses der angepassten Formulierung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr. Empfohlen wird folgender Prüfauftrag: „*„die Planungen für eine Umgehungsstraße (Havelspange – Dritter Havelübergang) auf der Grundlage bereits vorhandener Projektierungen zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs (B2) bis Wetzlaer Straße) sind wieder aufzunehmen“ ist im Rahmen der nächsten Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes (StEK) Verkehr zu betrachten.*“

Herr Heuer stellt den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Forderung, die Planungen für eine Umgehungsstraße (Havelspange - Dritter Havelübergang) auf der Grundlage bereits vorhandener Projektierungen zur Entlastung des innerstädtischen Verkehrs (B2 bis Wetzlarer Straße) sind wieder aufzunehmen, ist im Rahmen der nächsten Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes (StEK) Verkehr zu betrachten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die DS

17/SVV/0837 geändert zu beschließen.

zu 3.25 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 17: Mehr Fahrradfreundlichkeit durch Weiterführung des Radverkehrskonzepts

Vorlage: 17/SVV/0838

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
SBV

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt nach Meldung Herrn Bittcher das Wort. Er erinnert an die Notwendigkeit von Infrastruktur im Rahmen des Ausbaus dieses neuen Stadtteils. Herr Heuer schlägt vor, der Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr zu folgen und stellt diesen entsprechend geänderten Antrag zur Abstimmung.

Nach Verständigung wird von den Ausschussmitgliedern folgender Prüfauftrag empfohlen:

„Das Radverkehrskonzept wird weitergeführt. **„Dabei ist zu prüfen, wie und welche der folgenden Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Radverkehrskonzept umgesetzt werden können, sich bereits in der Umsetzung befinden oder nicht umgesetzt werden können:...“**

Herr Heuer stellt die Drucksache 17/SVV/0838 in der so geänderter Form zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Radverkehrskonzept wird weitergeführt. ~~Folgende konkrete Maßnahmen sind dabei zu berücksichtigen:~~ **Dabei ist zu prüfen, wie und welche der folgenden Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Radverkehrskonzept umgesetzt werden können, sich bereits in der Umsetzung befinden oder nicht umgesetzt werden können:**

- Ausbau von Fahrradschnellwegen
- Umbau des Radweges in der Pappelallee
- Fuß- und Radwegbrücke an der Speicherstadt
- Separater Radweg für die Amundsenstraße
- Breitere Radwege schaffen (bspw. in der Behlerstraße/Alleestraße, Am Neuen Garten)
- Gutenbergstraße zur Fahrradstraße machen
- Hegelallee als Radweg ausweisen
- Mehr Radständer schaffen und erkennbar herrenlose Räder entsorgen
- Keine Radwege auf Straßen
- Fahrradwege sicher gestalten
- Grüne Welle für Radfahrende
- Infokampagne „Sicherheit im Radverkehr“.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die DS

17/SVV/0838 geändert zu beschließen.

zu 3.26 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 18: In wohnortnahe Schulen investieren und Ausstattung verbessern

Vorlage: 17/SVV/0839

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
B/Sp., WA KIS

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und stellt nach kurzer Verständigung den Antrag zur Abstimmung mit Bezug auf die Investitionsplanung des Kommunalen Immobilien Service.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Kommunale Immobilien Service soll mehr wohnortnahe Schulen bauen. Zudem werden Investoren beim Bau von Wohngebieten verpflichtet, wohnortnahe Schulen zu errichten. In den vorhandenen Schulen ist die Ausstattung zu verbessern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die DS 17/SVV/0839 zu beschließen.

zu 3.27 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 19: Hockeysport: Sanierung Kunstrasenplatz in der Templiner Straße

Vorlage: 17/SVV/0840

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
B/Sp., WA KIS

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt den Vertretern der Potsdamer Sport Union das Wort. Herr Buttenberg führt aus, dass sich bereits der KIS-Werksausschuss positiv zu dem Antrag geäußert habe. Die Aufforderung um die es ginge, ist die Sanierung des Platzes umzusetzen. Herr Heuer dankt Herrn Buttenberg und übergibt das Wort an Herrn Gessner vom Fachbereich 21 - Bildung und Sport. Dieser bestätigt die Ausführungen. Eine Sanierung sei dringend erforderlich. Er hebt auch die hervorragende Arbeit der Ehrenamtlichen hervor. Der Fachbereich spricht sich auch für eine positive Empfehlung aus.

In der Vergangenheit hatten andere Vorhaben Vorrang, jetzt kann die Sanierung des Platzes in die Planungen eingearbeitet werden.

Herr Bittcher fragt nach, warum die Haushaltsmittel für 2018 mit 100.000 Euro und für 2019 mit 400.000 Euro eingeplant seien und nicht schon früher die Mittel für die Sanierung bereitgestellt werden. Herr Richter, Werkleiter des KIS, erklärt dazu, dass eine frühere Realisierung nicht möglich sei. Bis Ende 2018 sollen die

benötigten Planungen abgeschlossen sein und in 2019 soll die tatsächliche Sanierung erfolgen. Daher auch die Verteilung der Haushaltsmittel in der erwähnten Größenordnung. Herr Heuer verweist auf den Beschlussvorschlag und bringt diesen zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Kunstrasenplatz der Potsdamer Sportunion in der Templiner Straße wird saniert.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die DS 17/SVV/0840 zu beschließen.

zu 3.28 Bürgerhaushalt Potsdam 2018/19 "TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger", Nummer 20: Sportplatz Sandscholle in Babelsberg erhalten und ausbauen

Vorlage: 17/SVV/0841

Stadtverordnete B. Müller als Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung B/Sp., SBV, WA KIS

Herr Heuer eröffnet den Tagesordnungspunkt. Herr Gessner, Bereich Sport, Fachbereich 21 - Bildung und Sport verweist auf die noch ausstehende Standortentscheidung zum Schulneubau in Babelsberg. Der Ausschuss für Finanzen spricht sich für einen Prüfauftrag aus. Im Rahmen der Standortentscheidung des Schulneubaus in Babelsberg soll der Vorschlag aus dem Bürgerhaushalt in die Gesamtbetrachtung einfließen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Rahmen der Standortentscheidung zum Schulneubau ist der Bürgerhaushaltsvorschlag: „Der Sportplatz Sandscholle in Babelsberg ist zu erhalten und auszubauen, dabei ist die Schaffung von zusätzlichen Trainingsflächen und Umkleidekabinen sowie die Installation einer Beleuchtung des Rasenplatzes zu berücksichtigen.“ **zu prüfen.**-

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die DS 17/SVV/0841 geändert zu beschließen.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

Keine Mitteilungen der Verwaltung.

Herr Heuer beendet die 33. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und bittet alle Gäste den Raum zu verlassen.